

Ein Blick auf den Osten

Anmerkungen zu einer bedenklichen Lage

I.

Manchmal hört man, daß in jenem Mitteldeutschland, das heute Ostdeutschland heißt, der Hang zu einer autoritären Gesellschaftsauffassung von langer Hand eingewurzelt sei. Wäre es so, dann hätten die Bewohner jener östlichen deutschen Länder, die den westlichen neu waren, nach einem gewaltlos vollzogenen Umbruch mit einer Wahlbeteiligung von 93,4% neugegründete demokratische Parteien nicht mit insgesamt 83,6% gewählt; die sich ihrerseits demokratisierende Nachfolgepartei der SED mußte sich mit 16,4% begnügen. Der Wille zur parlamentarischen Demokratie trat in dem Augenblick auf den Plan, in dem er, von der eigenen Bevölkerung mit fabelhafter Disziplin erkämpft, möglich geworden war. Doch jene These hält auch der geschichtlichen Überlieferung in Ländern wie Sachsen und Thüringen nicht stand. Der Widerstand gegen selbstbezogen-volkvergessene Obrigkeiten hat dort eine lange Tradition; es war Sachsen und besonders Dresden, wo die monarchische Ablehnung der von dem Frankfurter Parlament beschlossenen gesamtdeutschen Verfassung im Mai 1849 zum Volksaufstand führte. Nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 wurden beide Länder zur Wiege einer Arbeiterbewegung, die in beharrlicher Auseinandersetzung mit den herrschenden Gewalten in die Parlamente vordrang. Daß auch von dieser Widerstandstradition her – sie reicht bis ins 16. und 18. Jahrhundert zurück – in dem östlichen Deutschland von langer Hand ein besonderes Gefühl für ökonomische Staatsverantwortung lebendig ist, läßt sich allerdings nicht bestreiten. Schon Martin Luther, der einer Bergmannsfamilie entstammte, hatte mit staunenswerter Sachkenntnis die Mißstände des jungen Finanzkapitalismus kritisiert¹ (sie gleichen den heutigen), und Johann Gottlieb Fichte, Sohn eines oberlausitzischen Leinewebers, imaginierte wider die sozialen Mißstände des Deutschlands von 1800 einen präzis ausgemalten »geschlossenen Handelsstaat«.

Aber hat die betreffende Gegend eine Neigung zu autoritären Staatsvorstellungen? Wer das letztere konstatiert, muß sich fragen lassen, ob neunundzwanzig Jahre unter den pluralistischen Auspizien des bundesdeutschen Regiments wirkungslos an der betroffenen Bevölkerung vorübergegangen seien. Es wäre abwegig, dergleichen zu mutmaßen; allerdings war der schon im Herbst 1990 einsetzende und 2009 in Sachsen bei 65,0% (Bundstag) bzw. 52,2% (Landtag) angelangte Rückgang der Wahlbeteiligungen bei Landtags- und Bundestagswahlen ein deutliches Zeichen dafür, daß sich ein erheblicher Teil der wahlberechtigten Bevölkerung von den regierenden Parteien nicht mehr vertreten fühlte. Es war ein Problem eigener Art, daß ein Land, das sich gerade erst aus eigener Kraft der polizeistaatlichen Strukturen der SED-Herrschaft entledigt hatte, alsbald einem neuen Staatsdirigismus verfiel, der in Gestalt einer ebenso allmächtigen wie unkontrollierten Regierungsanstalt namens Treuhand auf den Plan trat. Diese zog aus der offenbaren Rückständigkeit der ostdeutschen Staatswirtschaft und der daraus folgenden Notwendigkeit, eine rigore Plan- auf eine staatlich überwachte Marktwirtschaft umzustellen, nicht die Folgerung einer bedachten Sanierung, wo immer sie möglich war, sondern gab unter ihrem dritten Oberleiter die gewerbliche Industrie des Landes zum weitgehenden Ausverkauf frei, bei minimalem Einfluß der neugegründeten Länder auf die in Berlin vollzogene Praxis. Es bedurfte hartnäckiger Interventionen einzelner Landeswirtschaftsminister, um der Treuhand da und dort in den Arm zu fallen und rettbar Betriebe ihrem Zugriff zu entziehen.² Daß die Treuhand- und Bankenpolitik viele vermittels Management-Buy-out an die Betriebsleiter übertragene Betriebe mit viel zu geringer Kapitaldecke nach der Übernahme im Stich ließ, war ein verbreitetes Phänomen.³

Mehr als einmal ist bemerkt worden, wie absurd es sei, von einer Bevölkerung, der die Demokratie in Gestalt eines ökonomischen Gewaltstreichts, genannt Abwicklung, entgegentrat, die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Interventionsstrukturen zu erwarten. Unter dem Vorzeichen einer umfassenden Desindustrialisierung ging es allerorten nicht ums nackte, aber ums berufliche Überleben; aus einer sanften Revolution war eine Gesellschaftsumwandlung von besonderer Brachialität hervorgegangen, deren soziale Abfederung durch die begüterte Übermacht allerdings vieles milderte. Mehr als achtzig Prozent der in der Industrie tätigen Bevölkerung verloren ihren Arbeitsplatz, an dem auch ein Großteil ihres kulturellen Lebens zen-

triert war; ein Geburtenabfall von mehr als fünfzig Prozent übertraf alle bekannten Nachkriegszeiten der deutschen Geschichte. Das geschichtlich einzigartige Phänomen, das sich hier zeigte, hätte man, durchaus unpolemisch, Sozialkolonialismus nennen können, doch war der Begriff insofern irrig, als koloniale Herrschaftsträger die einheimischen Eliten gemeinhin nicht ersetzen, sondern sich über sie setzen.⁴ Was in der nun ehemaligen DDR geschah, nennen die Soziologen Überschichtung, während der deutsche Westen über lange Zeit eine Unterschichtung erfahren hatte: die Übertragung schlechtbezahlter Dienstleistungen an Migranten aus Südeuropa und dem vorderen Orient.

Wie hart die neuen Mächte in die Selbstfindung einer politisch befreiten Bevölkerung eingriffen, zeigte sich an der besonderen Blindheit, mit der die Buchverlage des Landes durch treuhänderische Mißwirtschaft preisgegeben wurden; Christoph Links hat den Vorgang wissenschaftlich durchleuchtet.⁵ Aber das war fast ein Neben aspekt, wenn man bedenkt, was der Philosoph und Ökonom Klaus Wolfram, 1989 ein Mitbegründer des Neuen Forums, kürzlich in einem Vortrag vor der Mitgliederversammlung der Berliner Akademie der Künste konstatierte: »Kaum zwei Jahre nach 1990 bestand in Ostdeutschland keine einzige TV-Station, keine Rundfunkanstalt, keine größere Zeitung mit gewachsener Leser-Blatt-Bindung mehr, die nicht von einer westdeutschen Chefredaktion geleitet worden wäre. Die Generalaussprache, das politische Bewußtsein, die soziale Erinnerung, alle Selbstverständigung, die sich eine ganze Bevölkerung gerade eben erobert hatte, verwandelte sich in Entmündigung und Belehrung. In den Betrieben gaben nicht mehr die Belegschaften den Ton an, sondern unerreichbare Eigentümer den Takt vor. Und statt uns selber auszusprechen, sollten wir jetzt nur noch zuhören. Das war eine scharfe Kehre, die durchaus verstanden wurde und umgehend als Lähmung wirkte. Die politische Debatte war wieder auf die Ebene des Privatgesprächs heruntergedrückt. Das war gerade der Zustand, aus dem wir herausgekommen waren. Nun begannen die Rückfälle in jene Mentalitäten, aus denen man aufgebrochen war.«⁶

Natürlich: an der neuen Ohnmacht, die der Befreiung von der alten Ohnmacht folgte, war vor allem das politökonomische Vakuum schuld, das die regierende Monopolpartei hinterlassen hatte. Eine Bürgerbewegung, die sich im September 1989 im Neuen Forum organisiert hatte und in keiner Weise auf eine Machtübernahme vorbereitet war, konnte und wollte es nicht mit diesem Vakuum aufnehmen,

das nach der jähen Grenzöffnung des 9. November virulent wurde. Dem Triumph der Demokratiebewegung in Gestalt der fast eine Million disziplinerter Protestanten, die am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz auf den Plan traten, folgte fünf Tage später eine Grenzöffnung, die den revolutionären Prozeß beschleunigte. Diese deutsche demokratische Revolution (Joachim Fischer hat ihre weltgeschichtliche Originalität kürzlich gegen Fehldeutungen verteidigt⁷) erreichte Anfang Dezember mit dem Sturz der politbürokratischen Herrschaft und ihres sicherheitsministeriellen Exekutivorgans ihren Höhepunkt, dem in den folgenden Monaten die Abbiegung folgte; die staatliche Souveränität, Voraussetzung der Reformforderungen der Bürgerbewegung, hielt dem Eintritt der westdeutschen Parteien ins politische Gefüge nicht lange stand. Infolge dessen, was Richard Schröder treffend eine Verbindung von Sturz- und Steißgeburt genannt hat⁸, war die von der SED-Politik in eine exemplarische Rückständigkeit manövrierte Gegend zum Spielball zentralistischer Brachialoperationen aus dem Geist des Neoliberalismus geworden. Johann Michael Möller, der langjährige Hörfunkchef des MDR, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in den bestürzenden sächsischen Bundestagswahlergebnissen vom Herbst 2017 nach langjähriger politischer Apathie – mit Wahlbeteiligungen von 65 % (2009) und 69,5 % (2013) – ein irregeleitetes Emanzipationsbedürfnis zum Ausdruck gekommen sei; das gilt auch für die nachfolgenden Wahlen. Daß hier keine Abkehr von der 1989/90 sehnstchtig herbeigerufenen parlamentarischen Demokratie vollzogen wurde, sondern das Verlangen nach einer Opposition durchschlug, deren kenntliches Vorhandensein konstitutiv für jede echte Demokratie ist, liegt zutage. Niemand hat deutlicher als die belgisch-britische Politologin Chantal Mouffe gezeigt, wie eine lebendige Demokratie sich an der Integration auch antagonistischer Positionen zu bewähren habe; es komme, schrieb die belgische Forscherin, auf »die Umwandlung des Antagonismus in Agonismus« an.⁹

II.

Doch sollte man sich, wenn man nach der Bewußtseinslage jener Bevölkerung fragt, die in fünf bis sechs (das östliche Berlin ist ein Gebiet *sui generis*) ganz verschiedene Länder zerfällt, nicht auf politisch-wirtschaftliche Erfahrungen beschränken. Mit Recht hat

Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, im November erklärt, daß »Konflikte in erster Linie nicht mehr um sozioökonomische Verteilungsfragen kreisen, sondern in hoch emotionaler Weise über Fragen von Identität, Zugehörigkeit, Anerkennung, Herkunft oder Heimat gestritten wird.«¹⁰

Auf je eigene Weise ist in den östlichen Ländern, nicht nur in der älteren Generation, eine nationalkulturelle Tiefengründung wirksam, die sich von den Gegebenheiten der alten Bundesrepublik unterscheidet. Die Wiederherstellung der deutschen Staatseinheit war hier ein existentielles Ereignis, schutzwürdig gegenüber der Entwertung von Nationalstaat und Kulturnation, die den Neubürgern der Westrepublik an medialen und politischen Fronten entgegenschlug. Diese ging Hand in Hand mit der utopischen Zielvorstellung eines konföderativen europäischen Gesamtstaats, mit der die deutsche Politik befreundete Staaten irritierte, deren demokratische Verfaßtheit auf einem selbstverständlichen Vaterlandsgefühl beruht; so konnte es nicht wundernehmen, daß Deutschland mit der Hinnahme einer unkontrollierten Masseneinwanderung aus kulturell und religiös weit entlegenen Gebieten in Europa allein blieb. Infolge ihrer mehr als doppelt so großen Fertilität werden die Eingewanderten binnen ein bis zwei Generationen die Beschaffenheit der Nation gravierend verändert haben. Da dies, wie Erhebungen zeigen, mit einer weiteren Verschlechterung der ohnedies schwer erschütterten schulischen Bildung einhergeht, erschien die Vorstellung einer kulturellen Bereicherung, wie Medien und Politik sie suggerierten, in vieler Hinsicht als illusionär.

In dem Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats konnte man 2017 von dem Görlitzer Professor Theodor Vogt lesen, daß im Deutschland von 2016 bereits 35 % der Kinder bis zu fünf Jahren einen Migrationshintergrund hatten.¹¹ Wenn man das auf kommende Jahrzehnte extrapoliert, bedeutet das eine ethnische Transformation, die auch auf eine Transformation der in Deutschland heimischen gesellschaftlichen und kulturellen Wertvorstellungen hinauslaufen könnte. Basam Tibi, der den Begriff Leitkultur nicht in einem national-spezifischen, sondern einem europäisch-liberalen Sinn prägte, hat 2017 auf die Gefahren hingewiesen, die daraus erwachsen, daß das religiös geschärfte kulturelle Selbstbewußtsein der muslimischen Einwanderer in Deutschland auf ein schwach ausgeprägtes Selbstbewußtsein der Einwanderergesellschaft stoße. »Deutschland«, schrieb er, »braucht die Debatte über eine richtig verstandene europäische Leit-

kultur, aus drei Gründen: 1. Es finden Völkerwanderungen aus der Welt des Islam in Millionenhöhe statt; 2. Diese bringen eine islamische Weltanschauung mit sich als Leitkultur und sie haben eine starke Identität. 3. Deutschland versagt sich nicht nur eine Leitkultur, sondern auch eine nationale Identität. Unter diesen Bedingungen kann keine Integration gedeihen. ... Die Integration ist auch am schriftgläubigen traditionellen Islam, an der Ethnizität der Migranten und am Islamismus gescheitert. Doch eine Gesellschaft, die die eigene Identität verleugnet und somit eine Inklusion verfehlt, trägt zum Scheitern der Integration bei. Ohne es zu wollen, stärken die Europäer mit ihrer schwachen Identität den Islamisten den Rücken.«¹²

Das sind Sorgen, die die offizielle Politik und die ihr nah verbundenen Medien in einem Grad tabuisierten, daß man sich nicht allzu sehr darüber wundern konnte, wenn sich in einem Kernland deutscher Kultur – ich spreche von Sachsen – Sorgen und Ängste artikulierten, die es ihrerseits an Kultur oft schmerzhaft fehlen ließen. Es war das Gefühl der Ohnmacht, das den Protest nicht selten ins Schrilte und Barbarische ausschlagen ließ. Dieses Ohnmachtsgefühl gegenüber weitreichenden politischen Entscheidungen, die als Spontanreaktionen auf ein jähes Krisenmoment durchgepaukt wurden, war Wasser auf den Mühlen einer Partei, die ihre Existenz zunächst nur den Verwerfungen verdankte, die eine irregeleitete Währungsunion über Europa verhängt hatte, am wenigsten allerdings über Deutschland, in dem die Arbeitslosigkeit – auch in den östlichen Ländern – nach Arbeitsmarktreformen und der Einführung des Euro auf einen Tiefstand gesunken war. Man kann sich fragen, ob diese Partei, die nur ein einziges Thema hat und sich als außerstande erweist, ein Programm, geschweige denn ein ernstzunehmendes, aufzustellen, eigentlich eine politische Partei sei. Sie ist ein Produkt dessen, was Klaus Wolfram in der genannten Rede als Denkkzetteldemokratie bezeichnete. Das Wort wurde bald darauf durch eine Umfrage des ZDF-Politbarometers bestätigt, die ergab, daß unter den befragten Anhängern dieser Partei der überwiegende Teil (64%) der Meinung ist, daß diese nicht wegen ihrer politischen Forderungen gewählt werde, sondern »um den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen«; bei der Gesamtheit der Befragten waren 77% dieser Meinung. Das bedeutet keine Entwarnung gegenüber den rechtsextremen Tendenzen, die unter dem weiten Dach dieser Oppositionspartei eine politische Heimat suchen und oft auch finden.¹³